

Staatssekretärin Frau Dr. Friederike Haase



(Foto: Staatskanzlei)

Helmut Knepe



Vorstandsvorsitzender des KDA

(Foto: Rother)

Gisela Steinhauer



Moderation, Journalistin und Autorin

(Foto: privat)

Prof. Dr. Hartmut Remmers



Impulsvortrag , Universität Heidelberg

<https://kda.de/wp-content/uploads/2022/10/Prof.-Remmers-Impulsvortrag-Selbstbestimmtheit-und-Wuerde-am-Lebensende-zum-Festakt-60-Jahre-KDA-2022.pdf>

Teilnehmende an der Podiumsdiskussion

Dr. Lale Akgün



stellvertr. Aufsichtsratsvorsitzende KDA

(Foto: privat)

„Die Vulnerabilität einer Gruppe hängt nicht von ihrer Stärke ab und Diskriminierung erfolgt nicht nur gegen Minderheiten, wie man es sehr gut an der Gruppe der Senioren sehen kann.

Vulnerabel ist die Gruppe der Senioren, weil sie zumeist über weniger – wie auch immer gearteten - Ressourcen verfügt als die Jüngeren. Und diskriminiert wird sie, weil die Gesellschaft ihr nicht auf Augenhöhe begegnet.

Es ist an der Zeit, zu erkennen, dass die bisherige „Altenpolitik“, die die Zielgruppe ausgesondert und als ein Problem definiert hat, nicht mehr zeitgemäß ist. Es ist Zeit für eine Umkehr in der sogenannten Altenpolitik.“

Eugen Bysch



Vorsitzende der
Deutschen Stiftung Patientenschutz

(Foto: Deutsche Stiftung Patientenschutz)

„Viele der 820.000 Pflegeheimbewohner werden in ihrer letzten Lebensphase zwischen Einrichtung und Klinik mehrfach hin- und hergeschoben. Für eine umfassende Hospiz- und Palliativbegleitung fehlt in der stationären Altenpflege schlichtweg das Fachpersonal. Ehrenamtliche Hospizdienste, ambulante Palliativteams oder Hausärzte können das nicht leisten. Jede Pflegeeinrichtung braucht ihr eigenes hauptamtliches Hospizteam. Auch ist es zutiefst ungerecht, dass die Sozialkassen für Hospiz-Patienten monatlich 13.000 Euro zahlen und für sterbende Pflegeheimbewohner nur 1.800 Euro monatlich. Das Zwei-Klassen-Sterben muss endlich ein Ende haben.“

Dr. Regina Görner



Vorsitzende der BAGSO

(Foto: BAGSO/Sachs)

„Alle älteren Menschen müssen an ihrem Wohnort Möglichkeiten für Teilhabe und Engagement haben: dazu braucht es Begegnungsstätten, Beratungsangebote und Engagementförderung. In den meisten Kommunen fehlen solche Angebote bislang weitgehend. Die BAGSO setzt sich deshalb dafür ein, die kommunale Altenhilfe, die auf den Erhalt von Selbständigkeit und Teilhabe ausgerichtet ist, bundesweit verbindlich zu regeln. Die Kommunen müssen gleichzeitig finanziell so ausgestattet werden, dass sie ihre Aufgaben für ältere Menschen bedarfsgerecht erfüllen können.“

Prof. Dr. Frank Schulz-Nieswandt



Kurator KDA und Universität Köln

(Foto: WISO-Fakultät)

„Es geht um die gestaltende Gesellschaftspolitik für gelingende Lebensläufe. Ankerfunktion hat der § 1 SGB I vor dem Hintergrund der personalen Würde als modernes Naturrecht im Art. 1 GG, auch im Lichte der EU-Grundrechtscharta und den UN-Grundrechtskonventionen. Art. 1 GG ist mit dem zweiten Ewigkeitsartikel Art. 20 GG verklammert.“

Christine Vogler



Präsidentin Deutscher Pflegerat

(Foto: Freese BGG)

„60 Jahre KDA – und das Ringen und Einfordern von Teilhabe, Selbstbestimmung und Würde im Alter(n) ist keine Selbstverständlichkeit, sondern muss stärker als je zuvor fortgesetzt werden. Zeitungsüberschriften wie „Deutschland ächzt unter den Alten“, Benachteiligungen von Angehörigen bei der Unterstützung von Pflegebedürftigen, der Entzug sozialer Teilhabe in Pflegeheimen unter der Coronapandemie, starre Finanzierungssysteme in der Bedürftigkeit und auch der Pflegefachkraftmangel zeichnen ein ahnendes Bild von einer sich entsolidarisierenden -dabei fast ahnungslos erscheinenden- Gesellschaft. Es ist noch nichts verloren – aber wir müssen uns eilen!“